

N i e d e r s c h r i f t (VII / 6)

Haupt- und Finanzausschuss

Niederschrift über die 6. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Rosendahl am 08. September 2005 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, 48720 Rosendahl.

Anwesend waren:

I. Der Bürgermeister

Franz-Josef Niehues

II. Die Ausschussmitglieder

Martin Branse

Christa Haßler

Horst Kuhl

Klaus Löchtefeld

Hartwig Mensing (als Vertreter für Michael Neumann ab TOP 1.0 nö. S.)

Michael Neumann (nur bis zum TOP 10.0 ö. S)

Hermann Reints

Günter Riermann (als Vertreter für Thomas Fliß)

Hubertus Söller

Ralf Steindorf

III. Von der Verwaltung

Fachbereichsleiter Zentrale Steuerung Erich Gottheil

Fachbereichsleiter Finanzen Werner Isfort

Schriftführerin Dorothea Roters

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

00.05 Uhr

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentliche Sitzung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörer, die Vertreter des Sportvereines Schwarz-Weiß Holtwick, Herrn Schulkorf und Herrn Richter, mit ihrem Architekten, Herrn Terwey, sowie den Vertreter der Presse, Herrn Wittenberg.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 30. August 2005 form- und fristgerecht geladen wurde und stellte die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Der Antrag von Ausschussmitglied Branse, den TOP 6.0 vor den TOP 5.0 zu ziehen fand die gemeinsame Zustimmung der Ausschussmitglieder.

1.0 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Haupt- und Finanzausschusssitzungen

Bürgermeister Niehues gab bekannt, dass es keinen Berichtsbedarf gäbe, da die durch den Haupt- und Finanzausschuss vorab beratenen Beschlüsse vom Rat anschließend beraten worden seien und dort auch die abschließende Berichterstattung erfolgen werde.

2.0 Antrag des Sportvereins Schwarz-Weiß Holtwick e.V. auf Übernahme zusätzlich entstehender Materialkosten und der Einrichtungskosten für die Erweiterung und Modernisierung des Umkleidegebäudes im Sportzentrum Holtwick

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage (Anlage 1) und bat den Vorsitzenden des Sportvereins Schwarz-Weiß Holtwick, um eine kurze Darlegung der Hintergründe des Antrages.

Herr Schulkorf erläuterte den Sachstand der Umbaumaßnahme und betonte dabei, dass bei diesem Bauvorhaben ein besonderes Augenmerk auf die Nachhaltigkeit der Maßnahme gelegt worden sei. Die Baudurchführung sei so angelegt, dass die Folgekosten (Energieverbrauch, Renovierungsbedarf u.ä.) auf lange Sicht minimiert seien. Außerdem gab er einen Überblick über den hohen Eigenanteil der Sportvereinsmitglieder in Form von Eigenleistungen und Beschaffung kostengünstiger Baumaterialien. Er bat um weitere finanzielle Unterstützung, um die Maßnahme auch insgesamt abschließen zu können (Erweiterung und Modernisierung) und verwies in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung und den Wert der Vereinsarbeit für die Gemeinde.

Ausschussmitglied Neumann begrüßte für die WIR-Fraktion ausdrücklich das Ansinnen des Vereins und lobte dessen Engagement. Er beantragte für seine Fraktion die Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Auch Ausschussmitglied Steindorf sprach seitens der CDU-Fraktion dem Sportverein die Anerkennung seiner Arbeit aus, gab aber zu bedenken, dass eine weitere finanzielle Unterstützung nur zu gewähren sei, wenn hierfür im Haushalt eine entsprechende Deckung vorhanden sei. Nur dann könne sich die CDU-Fraktion dafür aussprechen. Er gab daraufhin diese Frage an Bürgermeister Niehues weiter, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens und der Höhe der Rücklage. Es schloss sich eine Darlegung der derzeitigen Haushaltssituation durch Fachbereichsleiter Isfort an. Auch eine weitere Nachfrage durch Ausschussmitglied Kuhl wurde von Fachbereichsleiter Isfort dahingehend beantwortet, dass die positive Gewerbesteuerentwicklung eine Deckung der beantragten Mittel durch den Sportverein ermögliche.

Ausschussmitglied Neumann gab ergänzend zu bedenken, dass der Antrag des Sportvereines zu verstehen sei, das erste Kostenberechnungen für die Umbaumaßnahme bereits im Jahr 1999 angestellt worden und die Kostensteigerungen von sechs Jahren aufzufangen seien. Die aufgeführten Kosten seien zudem angemessen.

Für die SPD-Fraktion sprach sich Ausschussmitglied Branse gegen den Antrag des Sportvereines aus. Auch wenn eine Deckung im Haushalt darzustellen sei, gelte – bei aller Würdigung des Engagements des Sportvereines - weiterhin absoluter Sparzwang. Die Kostenberechnung sei im Jahr 2003 aktualisiert worden, so dass die SPD-Fraktion diese Kostensteigerung nicht nachvollziehen könne.

Auch Ausschussmitglied Reints sprach dem Sportverein zwar die Anerkennung seiner Arbeit aus, gab aber für die GRÜNE-Fraktion ebenfalls zu bedenken, dass die Kostensteigerung von Anfang an bei der Planung hätte berücksichtigt werden müssen.

Ausschussmitglied Steindorf unterbreitete den Vorschlag, eine Entscheidung auf die übernächste Ratssitzung zu vertagen, soweit dies zeitlich vertretbar sei.

Herr Terwey als begleitender Architekt der Maßnahme wies darauf hin, dass im Jahr 1999 nur eine Kostenschätzung möglich gewesen sei. Außerdem sei die Übernahme der Möblierung ursprünglich nicht als Aufgabe des Sportvereines angesehen worden und somit in die Kostenberechnung nicht eingeflossen. Zur Vertagung der Entscheidung gab er zu bedenken, dass ein enormer Termindruck vorhanden sei, um einen rechtzeitigen Mittelabruf zu gewährleisten.

Fachbereichsleiter Gottheil gab ergänzende Hinweise zur Kostenberechnung und zur Kostensituation. Er erläuterte auch auf Nachfrage von Ausschussmitglied Haßler zudem den Hintergrund für den recht engen Kostenrahmen, der unter anderem auch den Zweck gehabt hätte, den Sportverein stärker in die Pflicht (bezüglich der Eigenleistungen und der Beschaffung von kostengünstigen Materialien) zu nehmen.

Er bestätigte die sehr strenge Zeitschiene für den Maßnahmenabschluss, da nach dem Förderbescheid ein Mittelabruf der Landeszuweisung noch in 2005 notwendig sei und der Beginn des Modernisierungsabschnittes daher dringend geboten sei.

Ausschussmitglied Kuhl erklärte daraufhin, dass die von Herrn Gottheil geschilderten Hintergründe bei der damaligen Beratung nicht bekannt und daher nicht Grundlage der Entscheidung gewesen seien. Ungeachtet des Entscheidungsdrucks sollte aber dennoch eingehend geprüft werden, ob der vorliegende Maßnahmenkatalog alle Sparpotenziale berücksichtige.

Ausschussmitglied Steindorf formulierte daraufhin die Auffassung der CDU-Fraktion, dass die neuen Erkenntnisse trotz des Fristenzwangs weiteren Beratungsbedarf erforderten. Die CDU-Fraktion sähe sich gezwungen, den Antrag abzulehnen, falls nicht bis zur Ratssitzung am 15.09.2005 eine vollständige Kostenaufstellung einschließlich möglicher Einsparpotenziale vorgelegt würde.

Auch Ausschussmitglied Reints zeigte sich verwundert, dass die Hintergründe der Kostenberechnung erst jetzt bekannt würden. Er sähe aber auch die Notwendigkeit, die Maßnahme unverzüglich abzuschließen. Damit sei die Gemeinde in eine „Kostenfalle“ geraten, denn dem Antrag müsse zugestimmt werden, um Schaden von der Gemeinde abzuwenden.

Herr Schulenkorf ergriff an diesem Punkt kurz das Wort und zeigte sich angesichts der hohen Eigenleistung, die der Sportverein in den vergangenen 18 Monaten bereits erbracht habe, enttäuscht über die Kritik an seinem Antrag.

Ausschussmitglied Riermann wies darauf hin, dass dem Antrag zu entsprechen sei, denn schließlich sei die Gemeinde Eigentümerin des Gebäudes sei und profitiere letztlich vom Einsatz des Sportvereines.

Herr Terwey räumte ein, dass ggf. auf eine Möblierung zunächst verzichtet werden könne. Der Betrag von 25.000,00 € für die Modernisierung sei aber zwingend notwendig, um die Maßnahme antragsgemäß und vollständig beenden zu können.

Bürgermeister Niehues unterbreitete daraufhin den Vorschlag, die Beratung des Antrages in der nächsten Ratssitzung am 15.09.2005 vorzusehen und auf der Tagesordnung im Anschluss an den geplanten Finanzzwischenbericht zu platzieren. Auf diese Weise lägen gesicherte Zahlen als Grundlage für die Beratung und Entscheidung vor. In diesem Zusammenhang wies er nochmals auf die besondere Bedeutung der Arbeit aller Sportvereine für die Gemeinde hin.

Ausschussmitglied Reints sah keinen Grund für eine Vertagung, da eine Zustimmung seiner Meinung nach auf jeden Fall gegeben werden müsse.

An dieser Stelle bat Ausschussmitglied Steindorf um 19.20 Uhr um eine kurze Beratungspause. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten wurde die Beratung um 19.30 Uhr fortgesetzt.

Ausschussmitglied Steindorf erneuerte seinen Vorwurf an die Verwaltung, dass die Daten zu spät bekannt geworden seien. Bürgermeister Niehues wies den Vorwurf der Verschleierung eindringlich zurück und verwies auf den Finanzzwischenbericht, der in der nächsten Ratssitzung vorgelegt werde.

Ausschussmitglied Steindorf formulierte daraufhin einen neuen Beschlussvorschlag seitens der CDU-Fraktion: In der Ratssitzung am 15.09.2005 sollten die beantragten 25.000,00 € gewährt, aber mit einer Haushaltssperre versehen werden. Die einzelnen Rechnungen sollten vorgelegt und geprüft werden. Bis zu dieser Sitzung sollte außerdem eine Kostenreduzierung erzielt werden.

Ausschussmitglied Neumann stellte sodann den Antrag auf Abstimmung entsprechend dem in der Sitzungsvorlage dargestellten Beschlussvorschlag.

Zunächst erfolgte die Abstimmung über den Antrag der WIR-Fraktion als weitergehenden Antrag, wonach dem ursprünglichen Beschlussvorschlag für den Rat zugestimmt werden sollte.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
1 Enthaltung.

Damit war der Antrag der WIR-Fraktion abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste daraufhin abschließend folgenden **Beschluss:**

In der Ratssitzung am 15.09.2005 sollen die beantragten 25.000,00 € gewährt, aber mit einer Haushaltssperre versehen werden. Die einzelnen Rechnungen sollen vorgelegt und geprüft werden. Bis zu dieser Sitzung soll außerdem geprüft werden, ob noch eine Kostenreduzierung erzielt werden kann.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen

3.0 Wahl einer/s weiteren stellvertretenden Vorsitzenden für den Haupt- und Finanzausschuss gemäß § 57 Abs. 3 Satz 2 GO

Der Fraktionsvorsitzende Steindorf schlug Ausschussmitglied Horst Kuhl als Kandidaten für die Wahl des 2. stellvertretenden Ausschussvorsitzenden vor. Für die WIR-Fraktion schlug Ratsmitglied Neumann Thomas Fliß vor. Weitere Wahlvorschläge wurden nicht abgegeben. Sodann ließ Bürgermeister Niehues über die Wahlvorschläge einzeln abstimmen.

Für Thomas Fliß stimmten 4 Ausschussmitglieder.
Für Horst Kuhl stimmten 5 Ausschussmitglieder.
Bürgermeister Niehues enthielt sich der Stimme.

Bürgermeister Niehues stellte fest, dass damit Herr Kuhl zum 2. stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt worden sei.

4.0 Antrag eines Ratsmitgliedes auf Veröffentlichung der Angaben nach § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz auf der Homepage der Gemeinde Rosendahl

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage (Anlage 3) und bat um Wortmeldungen.

Ausschussmitglied Branse teilte mit, dass er selbst den Antrag gestellt habe. Er vertrat die Auffassung, dass Ziel des Korruptionsbekämpfungsgesetzes die Schaffung von Transparenz für die Bürger gewesen sei. Eine Veröffentlichung der Angaben im Internet hielte er weiterhin für die beste Lösung, um dieses Ziel zu erreichen, zumal dies einen einfachen Zugriff der Bürger auf die Angaben der Internetseiten der Gemeinde Rosendahl ermöglicht hätte.

Auch wenn mit der Verabschiedung der neuen Ehrenordnung der Gemeinde Rosendahl dieser Weg nicht mehr begangen würde, wünsche er dennoch für sich persönlich eine Veröffentlichung seiner eigenen Angaben auf der Rosendahler Homepage. Ansonsten fühle er sich in seinem Recht, mit seinen eigenen Daten nach eigenem Ermessen umzugehen, verletzt.

Bürgermeister Niehues entgegnete daraufhin, dass nach Verabschiedung der Ehrenordnung eine entsprechende Beschlusslage vorläge, an die er gebunden sei. Dem Antrag könne nur dann gefolgt werden, wenn der Rat mehrheitlich der Auffassung sei, dass die Veröffentlichung der Angaben einzelner Mandatsträger im Internet möglich sei.

Für die WIR-Fraktion gab Ausschussmitglied Neumann zu erkennen, dass seine Fraktion sich an den Mehrheitsbeschluss des Rates gebunden fühle und daher ein solcher Antrag nicht unterstützt würde. Ausschussmitglied Riermann ergänzte die Ausführungen um den Hinweis, dass darüber abgestimmt werden könne.

Ausschussmitglied Kuhl wandte sich ebenfalls gegen den Antrag mit der Begründung, dass es nicht Aufgabe des Rates sei, die persönlichen Wünsche einzelner zu erfüllen.

Für die CDU-Fraktion bat Ausschussmitglied Steindorf um Abstimmung über den vorgelegten Antrag.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste abschließend folgenden **Beschluss**:

Dem Antrag des Ratsmitgliedes Martin Branse auf Veröffentlichung der eigenen Angaben auf der Homepage der Gemeinde Rosendahl wird entsprochen.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen
 7 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Damit war der Antrag abgelehnt.

5.0 Erlass einer Satzung zur Aufhebung der Betriebssatzungen für das Abwasserwerk und das Wasserwerk

Mit Zustimmung der Ausschussmitglieder wurde dieser TOP hinter den TOP 6.0. verschoben.

6.0 Festlegung von Produkten und Wertgrenzen im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF)

In Ergänzung zu den Ausführungen in der Sitzungsvorlage wies Fachbereichsleiter Isfort eingangs darauf hin, dass die Produktbildung nach derzeitigem Stand, wie in der Anlage I zur Sitzungsvorlage abgebildet, erfolgen solle.

Sie entsprächen weitestgehend dem bereits vorgelegten und in der Sitzung des Rates am 14. 04. 2005 beratenen Entwurf. In Zuge der Zuordnung bzw. Umgliederung des kameralen Haushalts zu Produkten und Sachkosten ergäbe sich die Notwendigkeit, in Details Anpassungen vorzunehmen. Beispielhaft nannte er hier das Produkt „Politische Gremien“. Hier sei gegenüber dem ursprünglichen Entwurf eine Umbenennung in „Politische Organe und Gremien“ vorgenommen worden. Die Notwendigkeit habe sich aus der Tatsache ergeben, dass bestimmte Aufwands-, bzw. Ertragspositionen, z.B. der Repräsentationsaufwand und die Verfügungsmittel des Bürgermeisters, keinem Produkt zugeordnet werden konnten. Derartige Anpassungserfordernisse könnten sich auch im weiteren Umsetzungsprozess noch ergeben. Die Strukturierung des Produktbuches werde jedoch beibehalten.

Ausschussmitglied Neumann bewertete die Einbeziehung der Produkte „Abwasser“ und „Wasser“ in das Produktbuch als den richtigen Ansatz, schlug jedoch vor dem Hintergrund der noch nicht abgeschlossenen Beschlussfassung über eine Auflösung der Eigenbetriebe vor, diese zunächst mit „Null-Ziffern“ zu führen.

Ausschlussmitglied Haßler bemerkte, dass die Einführung des NKF für alle Beteiligten zunächst noch Neuland sei. Die für anstehende Beschlussfassungen notwendige Kenntnis über Grundlagen, Zusammenhänge und Auswirkungen des NKF seien vielfach nicht ausreichend vorhanden. Sie erinnerte daher an eine zugesagte Informationsveranstaltung für Ratsmitglieder und sachkundige Bürger. Bürgermeister Niehues sicherte die kurzfristige Terminierung einer solchen Veranstaltung zu.

Ausschlussmitglied Kuhl ging auf die Zuordnung der Produkte nach Fachbereichen ein und bemerkte hierzu, dass die Zuordnung einiger Produkte für ihn so ohne weiteres nicht nachvollziehbar sei. Als Beispiel nannte er die Zuordnung des Produktes „Wasserversorgung“ zum Fachbereich II – Finanzen und Controlling. Bürgermeister Niehues erläuterte, dass dies mit einer internen personellen Umstrukturierung zusammenhänge, die zum 1. Januar 2006 umgesetzt würde. Das zugrundeliegende Personalkonzept werde er demnächst vorstellen; die neuen personellen Zuordnungen seien dann auch im Produktbuch (neuen Haushaltsplan nach NKF) ablesbar.

Eine weitere Frage des Ausschussmitgliedes Kuhl bezog sich auf die zukünftige Form des Haushaltsplanes. Bürgermeister Niehues beantwortete die Frage dahingehend, dass auch zukünftig eine Haushaltssatzung zu beschließen sei. Im Haushaltsplan selbst träten an die Stelle von Verwaltungs- und Vermögenshaushalt mit Einzelplänen, Abschnitten, Unterabschnitten und Haushaltsstellen zukünftig Gesamt- und Teilpläne. Diese teilten sich jeweils in einen Erfolgs- und Finanzplan auf. Die Gliederung dieser Pläne sei vorgeschrieben und entspräche für jedes einzelne Produkt weitgehend der Gliederung eines Wirtschaftsplanes für Eigenbetriebe.

Derzeit seien die Arbeiten zur Aufstellung des (NKF-)Haushaltes in vollem Gange. Dies sei mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Er sei bereits jetzt abzusehen, dass die Einbringung des Haushaltes 2006 frühestens im Januar 2006 erfolgen könne.

Ausschussmitglied Branse äußerte nochmals seine Ablehnung zur Rückführung der Eigenbetriebe Abwasserwerk und Wasserwerk und deren zukünftige Führung als Produkte im gemeindlichen Haushalt. Er stellte in diesem Zusammenhang auch einige Ausführungen, z.B. hinsichtlich der Verpflichtung zur Abbildung von Teilplänen auf Produktbereichsebene, in Frage. Er äußerte nochmals die Sorge, dass die derzeitige Transparenz für die Bereiche Abwasser und Wasserversorgung seiner Auffassung nach zukünftig nicht mehr gegeben sei.

Bürgermeister Niehues entgegnete darauf, dass diese Sorge völlig unbegründet sei. Er werde dafür einstehen, dass eine strikte Trennung und vollständige Transparenz auch im Rahmen der Produktführung erhalten bliebe.

Ausschussmitglied Steindorf erklärte für die CDU-Fraktion, dass man den Beschlussvorschlägen folgen wolle.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Neumann nach der Darstellung von Investitionen im zukünftigen NKF-Haushalt erläuterte Fachbereichsleiter Isfort anhand eines Beispiels die künftige Darstellung von Erfolgsplan und Finanzplan, wobei er insbesondere auf den Teil B des Finanzplanes mit der Darstellung von Einzelinvestitionen einging. Der Teil B ist diesem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Ausschussmitglied Kuhl bemerkte sodann, dass die vorgeschlagene Festlegung einer Wertgrenze von 5.000 € aus seiner Sicht angemessen sei, da eine niedrigere Wertgrenze den Verwaltungsaufwand unverhältnismäßig erhöhe.

Ausschussmitglied Branse wies nochmals darauf hin, dass keine Aufstellung und Ausweisung von Teilbilanzen vorgesehen sei.

Ausschussmitglied Löchtefeld bemerkte hierzu, dass sich die Diskussion um die zu fordernde Transparenz wie ein roter Faden durch die gesamte Diskussion um die Einführung des NKF und die vorgesehene Auflösung der Eigenbetriebe ziehe. Der Bürgermeister habe immer wieder betont, dass er für eine vollständige Transparenz und die strikte Trennung nach Produkten einstehe; er vertraue diesen Zusicherungen.

Bürgermeister Niehues machte sodann den Vorschlag, in die Beschlussfassung folgende Ziffer (4) aufzunehmen: „Die Verwaltung hat im Rahmen des Jahresabschlusses eine Teilbilanz für die Produkte „Wasser“ und „Abwasser“ zu erstellen und dem Rat jährlich vorzulegen“.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste anschließend folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat**:

1. Als Grundlage für die Haushaltsplanung und den Jahresabschluss im Rahmen des NKF werden insgesamt 60 Produkte, entsprechend der in der **Anlage I** zur Sitzungsvorlage des HFA vom 08.09.2005 (TOP 6.0 ö.S.) aufgeführten Gliederung gebildet.
2. Unter Beachtung des vom Innenministerium NRW verbindlich festgelegten Produktrahmens mit insgesamt 17 Produktbereichen erfolgt die künftige Haushaltsplanung und Rechnungslegung auf der Grundlage der gebildeten Produkte. Sowohl bei der Haushaltsplanung als auch der Rechnungslegung sind in der Ergebnisplanung/-rechnung bzw. Finanzplanung/-rechnung neben dem Gesamtergebnis auch Teilergebnisse je Produktbereich und je Produkt abzubilden.
3. Die Wertgrenze für die Veranschlagung und Abrechnung einzelner Investitionsmaßnahmen nach § 41 Abs. 1 Buchstabe h) wird auf 5.000,00 € festgelegt.
4. Die Verwaltung hat im Rahmen des Jahresabschlusses eine Teilbilanz für die Produkte „Wasser“ und „Abwasser“ zu erstellen und dem Rat jährlich vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

5.0 Erlass einer Satzung zur Aufhebung der Betriebssatzungen für das Abwasserwerk und das Wasserwerk

Mit Zustimmung der Ausschussmitglieder wurde dieser TOP hinter die Beratung des TOP 6.0. verschoben.

Bürgermeister Niehues nahm Bezug auf die Sitzungsvorlage (Anlage 4) und bat um Wortmeldungen.

Ausschussmitglied Kuhl bat um Auskunft über den Stand der vertraglichen Bindungen der Gemeinde Rosendahl mit den Stadtwerken Coesfeld, nachdem ein Gespräch mit Vertretern der Stadtwerke im Rathaus stattgefunden habe. Diesbezügliche Hinweise könnten bei der Entscheidungsfindung hilfreich sein.

Bürgermeister Niehues bat um Verständnis, dass er hierzu im öffentlichen Teil der Ausschusssitzung keine Auskünfte geben könne, dies aber im nichtöffentlichen Teil nachholen werde. Bezüglich des vorgelegten Beschlussvorschlages für den Rat schlug er vor, eine Beratung und Entscheidung auf die nächste Ratssitzung am 15.09.2005 zu vertagen.

Dieser Vorschlag wurde für die SPD-Fraktion von Ausschussmitglied Branse abgelehnt.

Ausschussmitglied Neumann signalisierte für die WIR-Fraktion Zustimmung. Die weiteren Ausschussmitglieder schlossen sich dieser Zustimmung an.

6.0 *Mit Zustimmung der Ausschussmitglieder war dieser TOP vor dem TOP 5.0 beraten worden.*

7.0 Sachstandsbericht zum NachtBus-Betrieb und über die Entwicklung der Kosten für den NachtBus

Bürgermeister Niehues bat Fachbereichsleiter Gottheil um eine Erläuterung der Sitzungsvorlage (Anlage 6).

Herr Gottheil gab zunächst allgemeine Informationen zum NachtBus-Konzept „Westmünsterland“, das seit 1995 erfolgreich betrieben würde und die Linien N 6, N 7 und N 8 umfasse.

Weiterhin gab er einen Überblick über die Entwicklung der Kosten. Er wies insbesondere darauf hin, dass mit Einführung eines Zuschlags für die Fahrgäste ab dem 01.08.2003 der Zuschussbedarf und damit die Kosten für die beteiligten Kommunen erheblich hätte gesenkt werden können.

Abschließend stellte er fest, dass sich das NachtBus-Konzept in den nahezu 10 Jahren bewährt habe und in der bestehenden Form beibehalten werden solle.

Dieser Sachstandsbericht zum NachtBusbetrieb und zur Entwicklung der Kosten wurde vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

8.0 Mitteilungen

8.1 Verlegung der Post-Service-Filiale in Rosendahl-Darfeld

Fachbereichsleiter Gottheil teilte mit, dass laut Auskunft der Deutschen Post GmbH die Post-Service-Filiale in Rosendahl-Darfeld (Osterwicker Straße 24 / Fa. Heilers) geschlossen werde. Es werde aber seitens der Deutschen Post schnellstmöglich eine neue Post-Service-Filiale im Ortsteil Darfeld eingerichtet.

9.0 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

9.1 Auswirkungen der Familienförderungsmaßnahmen auf die Vermarktung von gemeindlichen Grundstücken – Herr Neumann

Ausschussmitglied Neumann fragte an, ob die beschlossenen Maßnahmen zur Förderung bauwilliger Familien bereits Auswirkungen auf die Grundstücksvermarktung gehabt hätten.

Fachbereichsleiter Gottheil teilte mit, dass zum jetzigen Zeitpunkt hierzu noch keine abschließenden Aussagen getätigt werden könnten. Zwar stünde in Kürze ein Vertragabschluss an, dieser sei aber bereits schon vor Verabschiedung der Maßnahmen angebahnt worden.

10.0 Einwohnerfragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

Fragen von Einwohnern wurden nicht gestellt.

Es schloss sich eine Sitzungsunterbrechung von 21.20 Uhr bis 21.30 Uhr an.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung löste Ausschussmitglied Mensing das Ausschussmitglied Neumann ab.

Niehues
Bürgermeister

Roters
Schriftführerin